

Nebraer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kisleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kisleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weib, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 55

Donnerstag, den 8. Mai 1930

43. Jahrgang

Besserung der öffentlichen Betriebe.

Gesekundentwurf zur Prüfung des Problems.

Rechtsfinanzminister Dr. Noltenhauer hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die Besserung der öffentlichen Betriebe bei Erhebungen zur Prüfung der Frage ihrer Besserung zugehen lassen. Nach diesem Gesekundentwurf sind die Behörden von Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Betriebe von Betrieben mit eigener Persönlichkeit des öffentlichen Rechts und die Betriebe von Unternehmen, deren Erträge ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts zufließen, verpflichtet, den vom Rechtsfinanzminister beantragten Behörden auf Verlangen über die finanziellen und sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der ihnen unterstellten Betriebe Auskunft zu erteilen. Nachforschungen sind auch und Betriebsprüfung zulässig.

Dieser Gesekundentwurf ist an eine Enquete-Kommission des Reichstags an die bei der Haushaltsberatung im Vorstadium referiert worden ist und in der die Reichsregierung erwidert wurde, die Frage der Besserung der öffentlichen Betriebe zu prüfen. In der Begründung zu diesem Gesekundentwurf ist ausgeführt, wie sich überhaupt die Besserung der öffentlichen Betriebe in Deutschland entwickelt hat, welches der gegenwärtige Rechtszustand ist und welche Gründe für und gegen die Aufrechterhaltung dieses Rechtszustandes vorgebracht werden.

Die Notwendigkeit der Besserung der öffentlichen Betriebe wird von ihren Anhängern hauptsächlich auch damit begründet, daß hieraus recht erhebliche Erträge für den Staat zufließen würden, die es ermöglichen würden, andere drückende Steuern zu senken. Der Rechtsfinanzminister macht in dieser Hinsicht auf die Behauptung aufmerksam, daß diese Erträge für den Staat nicht zufließen würden, die Erträge der öffentlichen Betriebe würden sich auf 100 und 400 Millionen Mark. Demgegenüber weisen

die Gegner der Steuerpflicht

der öffentlichen Betriebe darauf hin, daß im Falle der Einführung der Besserung dieser Betriebe im Grunde genommen ein Mehrertrag an Steuern überhaupt nicht eintreten würde. Es würde vielmehr lediglich das Verhältnis zwischen den einzelnen Steuerpflichtigen — Reich, Land, Gemeinden — an den der Wirtschaft aufzulegenden Lasten befristet und zwar im wesentlichen zu Ungunsten der Gemeinden.

Die Reichsregierung will zu dem Gesamtproblem vorerst keine Stellung nehmen.

Sie ist vielmehr der Auffassung, daß, bevor diese Frage einer Lösung entgegengeführt werden kann, zuerst die Linderungen befristet werden müssen, die erforderlich sind, um die Wirtschaftlichkeit der einzelnen für und gegen die Besserung vorgebrachten Gründe zu prüfen und die Gründe gegeneinander abwägen zu können. Für derartige Linderungen fehlt zur Zeit noch die gesetzliche Grundlage, und deshalb ist der genannte Gesekundentwurf eingebracht. Einzelne Gesetze darüber, daß die Betriebe, die der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen, auch künftig die für sie bestehenden Steuerbefreiungen weiter genießen sollen. Für diese Betriebe soll daher die Verpflichtung zur Aufrechterhaltung nicht gelten.

Aus dem Preußenparlament.

Der Arbeitsrat des Preußenparlamentes legte dem Reichstag für die nächste Zeit fest. In der laufenden Woche liegen kleinere Vorlagen zur Verhandlung.

Am Mittwoch soll u. a. über den Antrag der Wirtschaftspartei, der die Auflösung des Landtags verlangt, abgestimmt werden. In dem Antrag wird erklärt, daß Ertrag des letzten Kommunalwahls habe gezeigt, daß die Zusammenlegung des Landtags dem Willen der Wählerstimme nicht mehr entspreche.

Nach einer Pause vom 12. bis 18. Mai soll der Landtag vom 19. bis 23. Mai die dritte Lesung des Haushaltsplanes vornehmen. Am 24. Mai beginnt die Pfingstpause, die bis zum 28. Juni andauern soll. Vor den Sommerferien soll in einem letzten Sitzungstermin am 29. bis 30. Juni die erste Lesung des Gesetzes über die Neuregelung der Provinzialverwaltung erledigt werden.

Das Defizit im preußischen Haushaltsplan.

Beratungen der Regierungsparteien.

Der Interfraktionelle Ausschuss des Preußenparlamentes wird zu einer Sitzung zusammenzutreten, in der Verhandlungen über die Beseitigung des Defizits im preußischen Haushaltsplan für 1930 geführt werden sollen. Dieses Defizit beläuft sich auf rund 100 Millionen.

Bei den Beratungen darf aber nicht allein an die Beseitigung dieses Defizits gedacht werden, sondern es müssen gleichzeitig Mittel und Wege gefunden werden, um den preußischen Gemeinden eine Beteiligung ihrer schließlichen Steuern zu ermöglichen. Es wird angenommen, daß bei den Verhandlungen Vorschläge von einschneidender Bedeutung gemacht werden.

Auflösungsantrag für den preussischen Landtag.

Berlin, 7. Mai. Der Preussische Landtag beschloß heute im Rahmen der zweiten Lesung seines Haushalts mit dem Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Landtags, der damit begründet ist, daß die Zusammenlegung des Landtags nach dem Ergebnis der Kommunalwahlen nicht mehr dem Willen der Wählerstimme entspreche. Abgeordneter Labendorf begründete den Antrag und führte noch aus, daß die heutige Regierungsoption in Preußen unhaltbar sei. Es dürfe nicht dazu kommen, daß Preußen unter dem übermächtigen Einfluß der Sozialdemokratie in Grund und Boden regiert werde. Er kritisierte die Politik des Zentrum, das im Reichstag bürgerliche und im Landtag sozialistische Politik mache. Die Abstimmung über den Antrag der Wirtschaftspartei findet am Mittwoch statt. Für den Antrag werden voraussichtlich außer den Antragstellern die Kommunisten und Nationalsozialisten stimmen.

Finanzpolitik und Wirtschaft.

Eine Rede des Reichsfinanzministers.

Hannover, 6. Mai. Auf der Jubiläumssitzung des Westfälisch-Lippischen Wirtschaftsbundes in Bad Ellen sprach als Hauptredner Reichsfinanzminister Dr. Noltenhauer über das Verhältnis der Finanzpolitik zur Wirtschaft.

Die mangelnde Kapitalbindung und die außerordentlichen Steuerlasten, der nicht zum geringsten Teil auf Reparationslasten zurückzuführen sei. Aufgabe der Finanzpolitik müsse es sein, diesen Steuerdruck zu mildern. Sie müsse begleitet sein von einer weitestgehenden Sparpolitik. Etwas die Finanzpolitik zur Steuerentlastung herbeizuführen, habe die große Aufgabe zu erfüllen, zunächst in ihrem eigenen Gebiet Ordnung zu schaffen. Etwas Etwas Etwas wäre daher, die schwebende Schuld so weit abzubauen, daß sie die Steuergebarung nicht mehr ernstlich bedrohe. Möglich wäre dies nur durch eine tiefgreifende Steuerreform, wobei die direkten Steuern nicht mehr herangezogen werden könnten, sondern nur die indirekten.

Für die Kostenentlastung händen zur Verfügung zunächst die Beträge, die jetzt im Haushalt zur Abdeckung der schwebenden Schuld und einmaliger Ausgaben stehen. Es sei anzunehmen, daß 600 Millionen Mark mindestens auf diese Steuerentlastungen verwendet werden könnten. Dabei sei auf die große Gefahr zu warnen, die von Seiten der Kreditlosigkeit drohe. Diese Dinge müßten noch vor der Sommerpause erledigt werden. Ebenso wichtig sei die Durchführung eines großen Agrarprogramms und einer wirtschaftlichen Hilfe für den Osten.

Die Steuerentlastung soll sich nicht auf die Kapitalertragssteuer beschränken, sondern es sollen schon jetzt die Gesetze in Angriff genommen werden, die im kommenden Jahr die Steuerentlastungen bringen. Hier stehe in erster Linie die Senkung der Realsteuer, also der Grundbesitzsteuer und der Gewerbesteuer, in Frage. Man komme nur dann ernstlich weiter, wenn in allen Teilen, Reich, Ländern und Gemeinden.

der starke Wille zur Ausgabenentlastung

Zum Floßentbauprogramm betonte der Minister, daß bei der Einstellung der Räte für das Bankgeschäft B die Grundzüge der alten Regierung nicht umgeworfen werden seien. Man müsse über allen Sparmaßnahmen nicht vergessen, auch für die Verteilung des Landes Sorge zu tragen.

Zum Schluß wies Finanzminister Noltenhauer auf das große Beispiel des Reichspräsidenten hin, über die Sorgen der Gegenwart nicht die großen Zukunftsaufgaben zu vergessen.

Um die Ausschusseferate.

Haushaltsausschuß des Reichstags.

Berlin, 6. Mai. Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann die Beratung des Haushalts für 1930.

Vor Eintritt in die Verhandlungen beantragte Abgeordneter von Endener-Wildau (Christl.-nat. Volk.-Gem.), festzustellen, daß der Abgeordnete Dr. Hoelsch das Referat über den Haushalt des Auswärtigen Amtes behält. Von der deutschnationalen Fraktion war demgegenüber ein Schreiben eingegangen, in dem sie mittel, daß an Stelle des ausgeschiedenen Professors Hoelsch das Referat über das Auswärtige Amt Freiherr von Freytag-Loringhoven übernimmt. Für den Abgeordneten Dr. Mumm soll das Referat über den inneren Haushalt Frau Schmidt erhalten.

Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, die Ausschussvorsitzenden mit einer Prüfung der Verteilung der Referate zu beauftragen.

Bei der Beratung der Vorgriffe über den Nothaushalt hinaus bewilligte der Ausschuss einen Betrag von 38 Millionen Mark zur Förderung der Bewegung der Getreidepreise. Für den Vollendung des Mittelaltals, und zwar der Wirtschaft, wurde als die wichtigste erste Rate im Betrag von 450 000 Mark bewilligt.

Beim Haushalt des Reichsanstalters wurde mit 18 gegen 16 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die Beschäftigten in München als künftig wegfallend zu bezeichnen, angenommen.

Auch die Reichszentrale für Heimadmission wurde auf beschleunigten Antrag mit 16 gegen 14 Stimmen als künftig wegfallend bezeichnet.

Für den Antrag stimmten auch die Kommunisten, die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Christlich-nationalen. Im übrigen wurde der Haushalt angenommen.

Der Hochverratsparagraf.

Sitzung des Strafrechtsausschusses.

Berlin, 7. Mai.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags begann die zweite Lesung des neuen Strafgesetzbuches. Der Ausschuß beschloß sich zunächst mit dem Hochverratsparagrafen.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Labendorf erklärte, der Staat sei hart genug, um den politischen Verbrechen zu begegnen, an die Gewalt als ein notwendiges Mittel zur Schaffung eines neuen Staates zu appellieren. Erst dann, wenn zur Gewalt in der Tat übergegangen werde, habe er die Pflicht, beratliche Unternehmungen mit Gewalt zu unterstützen. Die übrigen Fraktionen stellten sich auf den Standpunkt, daß man im Strafrecht dem Staat eine wirksame Handhabe geben müsse, um verurteilte Angeklagte gegen keinen Bestand in keine zu erschließen.

Die Kommunisten verlangten die Beilegung der Hochverratsparagrafen. Die Hochverratsparagrafen wurden ohne wesentliche Veränderungen in der Fassung der Weisung der ersten Lesung angenommen. Weiter wurde beschlossen, daß in Zukunft den Verhandlungen die Abstimmungsergebnisse der deutsch-österreichischen Strafrechtskonferenz zu Grunde gelegt werden sollen.

Der Parteivorstand billigt...

Die Tagung der Demokraten.

Berlin, 7. Mai.

In der Sitzung des Parteivorstandes der Deutschen demokratischen Partei behandelte nach dem parteiinternen Bericht Abg. Koch-Weser die verschiedenen Bestrebungen zur Neugestaltung der Parteikonstitution. Er stellte die Vorschläge der letzten Wochen nach allen Richtungen klar und forderte, die wichtigsten unter der Zustimmung des Parteivorstandes die folgenden Gerichte, durch die in den letzten Wochen die Einigkeit der Partei gefährdet worden sei.

Koch-Weser bekannte sich zur Notwendigkeit einer Zusammenfassung der staatsbürgerlichen Kräfte, lebte aber die Fusionierung beider Parteien an.

Jede Neubildung, die als eine Mandatsübertragung der heutigen Parlamentarier erweise, sei unzulässig und auszuweichen. Auch in der fröhlichen parlamentarischen Lage vor Ollers sei von seinen verantwortlichen Führern über gemeinsame Listen verhandelt worden. Das wichtigste sei, daß das demokratische Gedankengut gewahrt bleibe.

Die Aussprache ergab, daß in der Öffentlichkeit aufgestellte Behauptung, die Reichsregierung der Demokraten habe sich in ihrer Stellungnahme zu dem Kabinett Brünning durch Fusionsmöglichkeiten bestimmen lassen, völlig gegenstandslos ist, und daß auch die Presseerläuterung über Verhandlungen wegen gemeinsamer Listen mit anderen Parteien jeder Begründung entbehre.

Reichstagsabgeordneter Lemmer machte u. a. Mitteilung über den sozial-republikanischen Kreis innerhalb der Partei der vertrieben, junge Menschen aus der deutschen Jugendbewegung und der älteren Jugendgeneration für die programmatische Haltung und Zielsetzung der demokratischen Partei aufzuschließen.

Nach mehrstündiger Aussprache wurde einstimmig bei mehreren Stimmabstimmungen folgende Entschließung angenommen:

„Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei billigt das Verhalten der Reichsregierung bei den Abstimmungen im April. Der Parteivorstand hat zu den Reichstagsparagrafen und zu dem demokratischen Reichsminister des Vertrauens, daß sie in der jetzigen Kombination die Grundzüge der Partei wahren und aus deren etwaiger Vertiefung mit Entschiedenheit die Folgerungen ziehen werden.“

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei wird am 25. Mai in Halle an der Saale zu einer Tagung zusammenzutreten.

Schöber mit seiner Reise zufrieden.

Freierlicher Empfang in Wien.

Wien, 6. Mai. Bundeskanzler Schöber wurde bei seiner Rückkehr nach Wien auf dem Bahnhof von Vertretern der Behörden, dem englischen Gesandten und in Abwesenheit des französischen Gesandten, durch dessen Stellvertreter empfangen. Außerdem wurde er von einer großen Menschenmenge enthusiastisch begrüßt.

Er gab vor der Presse die Erklärung ab, daß die Befehle in Paris und London in erster Linie höflichkeitsteilhaft

gewesen wären, während die Reize nach Berlin dem Bedürfnis entsprächen hätte, den deutschen Brüdern im Reich zu belüden. Allerdings hätte der Aufenthalt in Berlin gleichzeitig den Zweck gehabt, die Handelsvertragsverhandlungen zu beschleunigen. Während seines Aufenthaltes in Paris und London, sei es ihm gelungen, aufzuklären im Interesse der innerpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs zu wirken und das Vertrauen in das Vaterland zu stärken. Auf jeden Fall könne Österreich mit dem Erfolg seiner Reize recht zufrieden sein.

Autonomistenfront im Elsaß.

Kampf für das Minderheitsrecht.

Strasbourg, 7. Mai. Auf einer gemeinsamen Tagung haben die Vertreter der autonomistischen Landespartei und der Elsaß-Lothringischen Fortschrittspartei die bereits seit Jahresbeginn durch eine gemeinsame Tageszeitung betriebe Zusammenarbeit durch die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft auf organisatorisch verwirklicht. Zum gemeinsamen Geschäftsführer wurde auf Vorschlag des Zprobener Abgeordneten Dabiel der aus dem Besancon-Projekt bekannte Dr. Ross beauftragt.

In einer Kundgebung, die aus diesem Anlaß erfolgte, wird festgestellt, daß den berechtigten Heimatforderungen, insbesondere der Forderung nach der notwendigen gezielten Achtung unserer Muttersprache, nach der Annahme und der Wiedererrichtung für die Opfer der Verfolgungspolitik immer noch in ganz ungenügender Weise entsprochen wird. Es sei daher nach wie vor notwendig, einen selbständigen Kampf zu führen, um Elsaß-Lothringen seine Freiheiten zu sichern, die von den Siegermächten als Grundlage einer neuen internationalen Rechtsordnung anerkannt werden sind. Dazu gehöre in erster Linie das Recht der nationalen Minderheiten, auf das die deutschsprachigen Elsaß-Lothringer Anspruch haben. Da von französischer Seite dieses Recht bedingungslos bestritten wird, bemerkt die Entscheidung, daß es sich sehr wohl um „Einigung mit den internationalen Beziehungen“ durch die Autonomie verwirklichen lasse. Höchstens über bestimmte Erklärer und Diktierer sei es, diese Autonomie als politisches Ziel über alle anderen Ziele zu stellen, um die Verteidigung des elsass-lothringischen Volkstums erfolgreich durchführen zu können.

Präsidentenwahl in Frankreich.

Widerprüchliche Aufnahme im Elsaß.

Strasbourg, 6. Mai. Tarbleu hat ein großes Revirement der Oberbeamten in der Provinz, darunter auch im Elsaß, wo die Präfekten Borromeo und Saffin daran glauben mußten, vorgekommen. Die selbst für seine nächsten Berater in elsass-lothringischen Dingen überaus gehaltene Entfernung der beiden letztgenannten von ihren Posten in Strasbourg und Kolmar hat auch durch die Verhinderung Cardeus nicht an Beachtung verloren, daß er damit eine neue Politik nicht anfangen wollte. In autonomistischen Kreisen hatte man sofort bei Bekanntwerden der Umwälzung erklart, daß den Elsäzern mit einem Postenwechsel nicht geholfen ist, sondern daß sie greifbare Reformen in Verwaltung, Schule, Gericht usw. fordern.

All der Neuweisung der Präfekten in Strasbourg und Kolmar verbindet Tarbleu auch eine Veränderung in der Pariser Generaldirektion für Elsaß-Lothringen, der als ihren französischen Verwaltungschef für die niederegerommenen Provinzen. Einer ihrer höchsten Beamten, Antonio, soll durch den jetzigen Unterpräfekt (Kreisdirektor) Le Hoc in Haguenau ersetzt werden.

Le Hoc der sofort nach dem Waffenstillstand nach Haguenau gekommen ist, hat sich einen wenig rühmlichen Namen gemacht durch die getragene Veränderung der ersten Wahl zur Kammer.

Verhaftung des indischen Heros.

Truppen in Alarmbereitschaft.

London, 6. Mai. Gandhi ist in einem kleinen Ort in der Nähe von Surat verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte auf Grund einer Verfügung vom Jahre 1927. Nach der Verhaftung wurde Gandhi in einem Puff nach Borive (etwa 60 Kilometer von Bombay) nach dem Gefängnis in Doona (150 Kilometer südlich von Bombay) gebracht, wo er zunächst verurteilt wird, wenn nicht der Verhaftung sofort ein Gerichtsverfahren folgt. In Bombay sind umfangreiche Vorarbeiten zur Verhinderung von Demonstrationen und Unruhen getroffen worden.

Der Verband der Freiwilligen Gandhi ließ in der ganzen Stadt durch schrille Glockensignale die Verhaftung des Führers bekanntgeben und forderte die Bevölkerung auf, dem Tage das Gepräge eines Trauertages zu geben.

Folgen der Verhaftung Gandhis.

Unruhen in den indischen Städten.

London, 7. Mai. Die ersten Auswirkungen der Verhaftung Gandhis beginnen sich in den indischen Großstädten zu zeigen. In Bombay streiken außer den Spinnereibetrieben auch die Eisenbahnen, in Kalkutta ist ein allgemeiner Streik der eingeborenen Arbeiter begonnen worden und auch aus anderen Städten kommen ähnliche Meldungen.

Die Anhänger Gandhis veranlassen Umzüge, die gewaltlose Zulauß haben.

Zu Ausdrehungen ist es zwar bisher nirgends gekommen, doch hält es die indische Regierung, nachdem sie auf Anweisung aus London den einflussreichen Gerichtspräsidenten für ratlos, sich auf alle Konsequenzen einzurichten und verstärkt infolge dessen in den Zentren des Landes ihre Kräfte zeigen. In Bombay sind Kanzenwagen und Flugzeuge bereitgestellt und die weiße Zivilbevölkerung für Freiwilligendienste alarmiert.

Gandhis Gefängnis ist hart von Militär besetzt, um Verlesungen zu verhindern. Gegen die von der Regierung ausgesprochenen Strafen ist die Bevölkerung in der ganzen Provinz im Widerstand. Man rechnet immerhin mit der Möglichkeit, daß der von den nationalindischen Führern angeführte Trauertag aus Anlaß der Verhaftung Gandhis zu der Notwendigkeit führen könnte, die Vorbereitungen wirksam werden zu lassen. Jedenfalls werden die nächsten Tage Arbeit über die praktische Auswertung des Selbstbehaltens bringen.

Studentenunruhen in Madrid.

Die Universität geschlossen.

V. Madrid, 7. Juni. In der Madrider Universität ist es zu schweren Zwischenfällen gekommen. Die Polizei ging gegen Studenten vor, die durch aufrührerische Rufe die Ruhe störten. Einige Studenten erlitten das Dach des Universitätsgebäudes und hielten dort drei rote Fahnen. Vor der Universität sollen die Studenten Besessenen befehligt haben. In der Madrider Universität wurde die Ruhe durch die Polizei wiederhergestellt. Ein Student wurde getötet, 17 andere verletzt.

Die Regierung hat energische Durchforschungsmaßnahmen getroffen. So sind der Vortrag des republikanischen Führers Domingo am 8. Mai in Alcala zum alle Beschuldigten, die zu Zwischenfällen führen könnten, verboten worden. Professor Llanuno wurde aufgefordert, nach Salamanca zurückzukehren.

Die Lehrkörper der Madrider Universität hat den vom Rektor gefassten Beschluß, die Universität vorläufig zu schließen, gebilligt. Im Anschluß an den Ministerrat ist der Beschluß einer Erklärung der Regierung übermietet worden, in der die Regierung die Zwischenfälle sehr bedauert und feststellt, daß sie ihre Pflicht zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande tun werde.

Rückgabe Weisheimers an China.

London, 7. Mai. Außenminister Borden teilte im Unterhaus auf eine Anfrage über die Rückgabe von Weisheimers an China mit, daß am 18. April in Peking ein Abkommen mit der Wirkung unterzeichnet worden seien, daß Weisheimers am 1. Oktober die volle Souveränität an China zurückzugeben und daß die britischen Truppen innerhalb eines Monats nach diesem Datum zurückgezogen werden.

Bildung eines Beamtencabinetts in Sachsen.

Dresden, 7. Mai. Die bürgerlichen Fraktionen des Landtages hielten im Beisein der Sozialisten und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei eine Besprechung ab, um zur Frage der Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Die Parteirepresentanten, bis auf die Nationalsozialisten, einigten sich grundsätzlich auf die Bildung eines unpolitischen Beamtencabinetts. Die sozialistische Partei scheidet dem gemeinsamen Einverständnis ab. Die Personalfrage wird erst in einer gemeinsamen Sitzung der Parteien geregelt werden.

Offenerationsabkommen und Ungarn.

Budapest, 7. Mai. Ministerpräsident Graf Beßenyi brachte im Abgeordnetenhaus die Gesetzesvorlage über die Ratifikation der Pariser Abkommen ein und beantragte, die Vorlage dem Reichstag und dem Reichsrat zur Kenntnis zu bringen und sie dringlich zu behandeln. Das Haus beschloß im Sinne dieses Antrages. Finanzminister Weiler legte dann einen Gesetzentwurf über eine Auslandsanleihe vor. Für den Fall, daß die Bedingungen für eine Aufnahme derzeit ungünstig seien, erhält der Finanzminister die Ermächtigung, eine kurzfristige leihende Anleihe aufzunehmen.

Kleine politische Meldungen.

Die Pariser Vorkonferenzüberlegungen. Der Inhalt der Verhandlungen ist nicht mehr bekannt. Frankreich und Deutschland sollen auf einem Geh von 8 1/2 v. H. bestehen, während die Amerikaner 6 v. H. fordern.

Wohlfahrt Dr. Schamer beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing den deutschen Botschafter in London, Dr. Schamer. Der Botschafter ist wegen des bevorstehenden Reiterments in Ausmarsch von Kolonnen zurückgeblieben.

Manzilliertes Regierungskabinetts des Königs von England. Der König von England feierte sein 20jähriges Regierungsjubiläum. Aus diesem Anlaß fand ihm von England und den britischen Dominien zahlreiche Glückwünsche zugegangen.

Aus der Umgegend.

Nebra, 8. Mai.

Zum Muttertag. Wohl einer der berechnlichsten Dankverträge, die unsere Zeit geschlossen, ist der Muttertag, der in diesem Jahre auf den kommenden Sonntag (11. Mai) gefeiert ist. In der Familie der Vater als der Ernährer das Haupt der Familie, die Mutter jedoch als die Krone, sie erst verleiht dem Familienbild den vollen Glanz, und da, wo ein Geschick die Mutter entziff, kauft eine nie zu überschätzende Mutter, und erst diejenige Familie, in der die Mutter fehlt, weiß deren Wert und ganz zu schätzen. Darum für diesen Abend, die ihr noch ein laubendes Mutterchen hat, benutz den kommenden Sonntag als Danktag für alle die Liebe und Güte, die sie euch angedeihen ließ. Mit wenigen Worten ist eine Mutter zu preisen, aber es soll aus gutem Herzen kommen und von wahrer Anbiederung getragen sein. Und dort im einfachen Stillen, wo eine Mutter wohnt, die vielleicht bald vergehen bleibt, da sollte christliche Nächstenliebe ihr Werk vollenden und eine Güter und Freude in ihr Heim bringen.

Konfirmandenunterricht. Am Freitag, den 9. Mai, vormittags 11 Uhr, beginnt der diesjährige Konfirmandenunterricht. Bei dieser Gelegenheit seien alle Eltern, die Kinder in diesen Unterricht senden, herzlich gebeten mitzugehen, daß der Unterricht ihren Kindern wirklich zum Segen werde.

Bekanntene Prüfung. Der Lehrer Arthur Effe aus Nebra, jetzt in Weiskirchen, befehl am 9. Mai in Halle a. S. die Erziehungsjahrgänge in Latein und Englisch (Abitur). Er hat damit die Berechtigung zum Studium an der Universität erworben. Für das Sommer-Semester 1930 ist er für Philosophie und Pädagogik in Halle immatrikuliert worden. — Unsere besten Glückwünsche!

Vachhaus-Verpachtung. Das Vachhaus mit Kaufmann der Gemeinde Reinsdorf soll am 12. Mai, nachmittags 8 1/2 Uhr im Gemeinde-Gebäude öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bieter müssen ein Vermögen von mindestens 2000 M. nachweisen.

Die Steigerung der Steuerlast, die von Jahr zu Jahr fortwächst, ist im Geschäftsbereich des Bankvereins Nebra offensichtlich hergehellt. Es heißt darin: Es betragen unsere Aufwendungen für Steuern und Abgaben

für das Jahr 1913 7% vom Reinerwerb des Jahres
" " " " 1924 24% " " " " " "
" " " " 1925 30% " " " " " "
" " " " 1926 34% " " " " " "
" " " " 1927 43% " " " " " "
" " " " 1928 88% " " " " " "
" " " " 1929 57% " " " " " "

Neulich ist dieses Steigerungsverhältnis natürlich auch in jedem anderen Geschäft zu beobachten.

Straßensperrungen. Infolge der zahlreichen notwendigen Straßensperrungen sind, wie in jedem Frühjahr, den Verkehr hemmende Sperrungen nötig. Neben den bereits gemeldeten stehen folgende bevor: Auf der Chauffee Reinsdorf — Wiche vom 6.—10. Mai zwischen Gefößen und Nauff, vom 10.—17. Mai

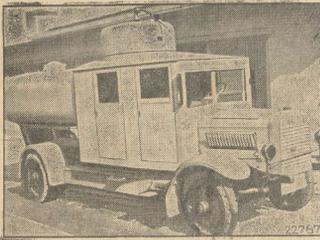
zwischen Nauff und Dornberg, vom 17.—31. Mai zwischen Dornberg — Wiche, vom 12.—28. Mai Straußfurt — Webra (einstufige Verkehr dort durchfahren), vom 12. Mai bis 6. Juni Wiche — Sommerda, vom 12.—24. Mai Leuberga — Straußfurt, vom 6.—15. Mai Garsberg — Gohnditz. Die Umleitungen sind durch entsprechende Schilder gekennzeichnet.

Wesen und Grenzen der Selbstverwaltung. Am 15. Mai d. J. findet in München eine große Kundgebung der deutschen Landwirte statt. Sie beschäftigt sich mit dem äußeren aktuellen Thema der Grenzen der Selbstverwaltung, eine Frage, die gerade im Hinblick auf die Ergebnisse des letzten Jahres von außerordentlicher Bedeutung ist. In Anerkennung dieser Bedeutung haben fast sämtliche Regierungen der deutschen Länder ihre Bereitigung durch Kabinettsmitglieder zugesagt, u. a. von Bayern Ministerpräsident Dr. Heß, von Preußen Innenminister Dr. Baumbach, von Sachsen Ministerialrat Dr. Böttcher, von Thüringen Ministerialrat Dr. Böttcher, von Baden Ministerialrat Dr. Böttcher, von Württemberg Ministerialrat Dr. Böttcher, von Elsaß-Lothringen Ministerialrat Dr. Böttcher, von Pommern Ministerialrat Dr. Böttcher, von Schlesien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Ostpreußen Ministerialrat Dr. Böttcher, von Westpreußen Ministerialrat Dr. Böttcher, von Danzig Ministerialrat Dr. Böttcher, von Memel Ministerialrat Dr. Böttcher, von Litauen Ministerialrat Dr. Böttcher, von Lettland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Estland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Finnland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Schweden Ministerialrat Dr. Böttcher, von Norwegen Ministerialrat Dr. Böttcher, von Dänemark Ministerialrat Dr. Böttcher, von Polen Ministerialrat Dr. Böttcher, von Tschechien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Ungarn Ministerialrat Dr. Böttcher, von Rumänien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Griechenland Ministerialrat Dr. Böttcher, von Bulgarien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Serbien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Kroatien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Slowenien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Albanien Ministerialrat Dr. Böttcher, von Jugoslawien Ministerialrat

Beteiligung des Reichs am Südfügel des Mittellandkanals

Berlin, 7. Mai. Vom Haushaltsauschuss des Reichstags wurde zur Vervollständigung des Mittellandkanals (Weißschifferte) als dringlich die erste Rate der angeforderten 1.800.000 RM im Betrage von 450.000 RM bewilligt. Die Forderung wird seitens der Regierung damit begründet, daß im Jahre 1925 die Aktiengesellschaft Obere Saale, deren Aktien sich damals in der Hand des Landes Thüringen befanden, den Bau der 215 Millionen Kubilmeter fassenden Weißschifferte zum Zwecke der Kraftgewinnung im Tal der oberen Saale begonnen hat. Da die Gewinnung von Zuckerrüben zur Erhöhung der Fahrwasserhöhe in der Elbe in trockenen Zeiten außerordentlich wertvoll und im Mittellandkanalgebiet vorgezogen ist, lag es im Interesse des Reiches, daß es sich im Jahre 1929, als Preußen und Sachsen durch ihre Elektrifizierungsarbeiten betreten, ebenfalls durch seinen Beitritt in das Unternehmen einschaltete. Die Baukosten der Sperr- und Kraftwerk- und sonstigen Zubehöranlagen sind auf 34 Millionen RM veranschlagt worden, die zu 15 Millionen durch Zugussatzen, zu acht Millionen durch Stammaktien, zu 8,67 Millionen durch Darlehen und bezüglich des Restes durch Mittel aus der werkschaffenden Erwerbslosenfürsorge aufgebracht werden sollen. Das Reich ist an den Stammaktien mit 5,4 Millionen und am Darlehen mit 5,78 Millionen RM beteiligt.

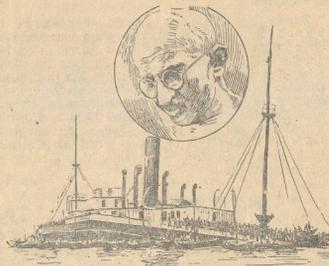
Zu dieser Nachricht bemerkten die holländischen Nachrichten, daß die Weißschifferte nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Südfügel siehe und die 450.000 RM jedenfalls als Aufschlagzahlung auf die Zusiherungen aus dem Staatsvertrage zu betrachten seien. Die Mitteldeutsche Wirtschaft merke im Gegenteil nachdrücklich den Standpunkt vertreten, daß das Reich noch in diesem Frühjahr gemäß den vertraglichen Zusicherungen den Bau des Südfügels in Angriff nehmen muß.



Eine unblutige Weise der Polizei. Das Volkspolizeiamt Berlin verfügt neuerdings über einen sogenannten Wasserpferd, einen fahrbaren Wassermotor mit Motorpumpe, der zur Zerstreuung von Menschenansammlungen dienen soll. Dieser Wagen führt eine Wassermenge von 5000 Litern bei sich und ist in der Lage, im Umkreise von 50 Metern einen kräftigen Wasserstrahl zu schießen. Er kann aus mehreren Richtungen nach allen Seiten Wasser ausströmen.



Der neue Gesandte für Belgien in Berlin eingetroffen. Mit dem D-Jug Sopenhagen-Berlin traf der bisherige deutsche Gesandte in Sopenhagen, von Saffel, der zum Nachfolger des verstorbenen Oberkonsuls in Belgien, Dr. Kähler, ernannt ist, in Berlin ein. Herr von Saffel wird sich Ende dieser Woche zur Übernahme seines Postens nach Belgien begeben.



Zur Gandhi-Revolution in Indien

Im Kreis: Gandhi, der jetzt von den Engländern verhaftet worden ist. Unten: Hindus füllen auf ein festes Salzgefäß der englischen Regierung.

Saatenstand in der Provinz Sachsen

Die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen teilt über die Lage der Saatenlage im April u. a. folgendes mit: Der allgemeine Saatenstand ist als gut zu bezeichnen. Das Wintergetreide steht zum Teil zu Ähren. Die Frühjahrs-

befellung ist bis auf das Auspflanzen der Kartoffeln beendet. Der Aufgang der Sommerfrüchte ist gut und gleichmäßig. Durch die Niederschläge in den Osttagen und die einhellige warme Witterung sind besonders günstige Wachstumsbedingungen gegeben. Diesfach ist eine ziemlich harte Verunreinigung der Felder zu beobachten.

Süperne Kartoffel, Futtergemüse und Gräser zeigen sehr gut gefüllte Bestände. Günstige Lagenverhältnisse sind meist zu verzeichnen des Winters 1928-29. Die Befellung von Feldern ist beendet. Einige Gemüsegärten sind in der Anbauaufgabe zurückgegangen. Vor übertrieben großen flächenmäßigen Anbau von Feldgemüse muß gewarnt werden. Spätkartoffeln z. B. nur noch zu Schilberreife anbauen. Dessen wird künftig auch besonders für Spargel gelten. Defens Abgabemöglichkeiten bei stark vergrößerter Anbaufläche von Jahr zu Jahr geringer werden.

Landwirtschaftliches.

Unter Gemüsegarten im Mai. Der Mai ist, was die Witterung anbetrifft, oft noch sehr trügerisch. Schärfere Nachtfröste treten meist um die Mitte des Monats ein. Daher ist mit der Ausaat bezw. Pflanzung solcher Gemüsch, die auch leichteren Frösten zum Opfer fallen, bis zum Ende des Monats zu warten. Mit zunehmender Wärme wird auch das Wachstum immer reger. Vor allem gilt dies vom Unkraut. Darum gleich die Jucke heraus. Aber im Mai heißt das, spart sich für später manche Arbeit und maulen Verdruß. Mit steigender Wärme muß auch dem Gießen wieder Beachtung geschenkt werden. Während in den ersten Wochen des Mai meist nur die Schwachwachsenden Gemüsch ein Begießen nötig haben, können je nach Witterung gegen Ende des Monats auch die tiefwurzelnden schon unter Trockenheit zu leiden haben. Falls die Aprilausaat von Kohlgewächsen nicht recht geblieben ist, kann jetzt noch die Ausaat wiederholt werden. Wurzelbohnen, in günstigen Lagen auch Stangenbohnen, können gelegt werden. Mit dem Regen von Gurken und Kürbis warnt man lieber bis nach drei Geßheiten. Gegen Ende des Monats sind auch gut vorbereitete Tomatenpflanzen ins Freie zu bringen. Saatbeete sind rechtzeitig auszulichten. Säen und Hacken ist jetzt eine Hauptarbeit im Gemüsegarten. Frühkartoffeln werden behäufelt. Erbsen befruchtet man durch Fenchelholzer der Beete, auch ein Weizenstroh belassen mit Lauffuß bringt Abhilfe. Die Spargelernte ist in vollem Gange. Bei warmem, sonnigem Wetter kann täglich bis dreimal geleschen werden. Ferner erntet man Kirschen, Radies, Mairüben und den ersten Salat.

Der Krotus. In die liebliche Frühlingspflanze, die als eine der ersten Blüten im Jahre ihre zartfarbenen Reiche öffnet, den Krotus, hat sich ein hübscher Aberglaube gebildet, der diese Frühlingsblume zu einem allüberwindlichen Symbol werden ließ. Bei den englischen Fröhen heißt es, daß einem Boot, in dem man einige in einen Krotus eingeschobene Krotusblüten mitführt, kein Unglück geschehen könne. Frische Krotusblüten sollen dem, der sie pflegt, Gesundheit und Kraft verleihen. Ein anderer Volksglaube dagegen schreibt dem Krotus alle möglichen schmerzhaften Eigenschaften zu. Sängt man einen Kranz aus Krotusblüten im Stall auf, so geht das Vieh zugrunde; legt man Krotus unter das Kopfkissen, so träumt man darauf schlimme Träume, die überdes noch alle in Erfüllung gehen sollen.

Für die uns anlässlich unserer Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeit danken wir hiermit freundlichst.

Marieden Müde, Karl Bastian.

Meißen Mai 1930 Nebra

Kanholz-Listen
Kobeldielen • Stabbretter
Schalhbretter • Dadillatten
Tischlerbretter in Kiefer u. Fichte
Zaunsäulen u. -Latten
Thüringer Holzwerke, Rodleben
Gottschalk & Sauer
Fernruf 263 Fernruf 263

Damen-Sommer-Mäntel
in guter Ausführung
von MK. 12.50 an
empfehlen
Otto Herrmann, Nebra
im Festschen Hause, Feldstraße
Teilzahlung gestattet!

Der Deutsche Rundfunk
hat seinen Programmteil
wieder um 8 Seiten erweitert!
nach wie vor die Zeitschrift
mit dem ausführlichsten
Funkprogramm der Welt!
jede Woche
80 Seiten für 50 Pf. • Monatsbezug RM 2.-
Bestellen Sie beim Postamt oder Buchhandlung
Probeheft umsonst v. Verlag Berlin N24

18jähriges solid. Mädchen
sucht sofort oder später
Stellung
im Haushalt.
— Gute Zeugnisse vorhanden. —
Offerten erbitte unter C 100 an
die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

2 gute Arbeitspferde
sind wegen Erkrankung des
Besizers zu verkaufen.
Heinrich Brauer, Vöstenhof

2 Milch-Ziegen
1 Ruffenpferd
1 Kastenwagen
zu verkaufen
Meißen 36.

Spare minderbeförder Stadt-Sparkasse Nebra a. S.
bet ber

Bedeutende modische Veränderungen
Frühjahr/Sommer 1930!
Unentbehrlich sind rechtzeitig durch

BEYERS MODE-FÜHRER

Bd. I Damenkleidung 1,90 M
mit großen Südlbögen
ca. 200 prächtigen Modellen
Bd. II Kinderkleidung 1,20 M
Überall zu haben
VERLAG OTTO BEYER, LEIPZIG-A.

144 STUNDENFAHRT AUF DEM NÜRBURGRING

Zündapp siegreich

mit allen 6 Maschinen!

144 Stundenfahrt hundertprozentiger Zündappereifolg in der Klasse bis 350 ccm • acht höchste Auszeichnungen • 6 Zündapp am Start sechs kleine goldene Medaillen • zwei Teams am Start zwei große goldene Medaillen.

SERIEN-MASCHINEN vom ADAC aus den Verkaufsräumen unserer Vertreter geholt, laufen 6 Tage und 6 Nächte — ohne Unterbrechung — präzise wie eine Uhr! 7150 m Höhenunterschied worden bezwungen, 5342 km Weg — mehr als 1/3 des Erdumfanges — zurückgelegt.

SERIEN-ERFOLGE
ADAC Reichsfahrt 1922 23 24 1. Preis • Giro d'Italia 1924, 2250 km, 1. Preis • Deutschlandfahrt 1925, 2900 km, zwei 1. je ein 2., 3., 4., 5. Preis • Deutsch-Osterr. Alpenfahrt 1925 beste Wertung in Klasse bis 250 ccm • Robert Benschke Fahrt 1925, 2000 km, 1. Preis • Allrussische Zwerghausfahrt 1925, 2000 km, 1. Preis • ADAC Ost-West-Fahrt 1926, 1700 km, 4 Goldene Medaillen
Fernfahrt Paris-Nizza 1926 und 1930 Goldene Medaille • 1000 km Fahrt der CSR 1927 28 29 Goldene Medaille • Deutsche Sechstagesfahrt 1927, 1. Preis, 3 Goldene Medaillen • Deutsche Sechstagesfahrt 1928, 7 Goldene Medaillen • ADAC Länderfahrt 1928, 3500 km, 6 Goldene Medaillen • Internat. ADAC Länderfahrt 1929, 4000 km, 4 Goldene Medaillen • 24 Stundenrennen in Italien 1928 Goldene Medaille • Deutsche 3 Tagesfahrt im März 1929, 2 Goldene Medaillen • Internat. Sechstagesfahrt 1929, 1600 km, Goldene Medaille.

Zündapp-Kundendienst, **Richard Kalbitz • Rodleben**
Fernruf 329 Wendelsteiner Strasse

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM — Durch die Post bezogen 1,20 RM 23.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Kisleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Kisleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 221. — Völkchendorf: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Actera.

№ 55

Donnerstag, den 8. Mai 1930

43. Jahrgang

Besserung der öffentlichen Betriebe.

Geleitwort zur Prüfung des Problems.

Berlin, 7. Mai.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenbauer hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die Besserung der öffentlichen Betriebe bei Erhebungen zur Prüfung der Frage ihrer Besserung vorgelegt. Nach diesem Geleitwort sind die Behörden von Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Vorstände von Betrieben mit eigener Persönlichkeit des öffentlichen Rechts und die Vorstände von Unternehmungen, deren Erträge ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts einfließen, verpflichtet, den vom Reichsfinanzminister beantragten Behörden auf Verlangen über die finanziellen und sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der ihnen unterstellten Betriebe Auskunft zu erteilen. Neuestensfalls ist Budget- und Betriebsprüfung zulässig.

Dieser Geleitwort knüpft an eine Entschließung des Reichstags an, die bei der Haushaltsberatung im Vorjahre gefaßt worden ist und in der die Reichsregierung ermahnt wurde, die Frage der Besserung der öffentlichen Betriebe zu prüfen. In der Begründung zu diesem Geleitwort ist ausgeführt, wie sich überhaupt die Besserung der öffentlichen Betriebe in Deutschland entwickelt hat, welche der gegenwärtigen Reichstags und welche Gründe für und gegen die Aufrechterhaltung dieses Reichstagsbeschlusses vorgebracht werden.

Die Notwendigkeit der Besserung der öffentlichen Betriebe wird von ihren Anhängern hauptsächlich auch damit begründet, daß hieraus recht erhebliche Ertragssteigerungen zu erwarten seien, die es ermöglichen würden, andere dringende Aufgaben zu lösen. Der Reichsfinanzminister macht in dieser Denkschrift auf die Notwendigkeit aufmerksam, daß die Ertragssteigerungen sehr beträchtlich sind, indem die Ertragssteigerungen zwischen 100 und 400 Millionen Mark, demgegenüber weiten

die Gegner der Steuerpflicht

der öffentlichen Betriebe darauf hin, daß im Falle der Einführung der Besserung dieser Betriebe im Grunde genommen ein Mehrertrag an Steuern überhaupt nicht einströmen würde. Es würde vielmehr lediglich das Verhältnis zwischen den einzelnen Steuerpflichtigen — Reich, Land, Gemeinden — an den den Wirtschaften auferlegten Lasten betreffen und zwar im wesentlichen zu Ungunsten der Gemeinden.

Die Reichsregierung will zu dem Gesamtproblem vorerst keine Stellung nehmen.

Sie ist vielmehr der Auffassung, daß, bevor diese Frage einer Lösung entgegengeführt werden kann, zuerst die Unterlagen beschafft werden müssen, die erforderlich sind, um die Ertragssteigerung der einzelnen für und gegen die Besserung vorgebrachten Gründe zu prüfen und die Gründe gegeneinander abwägen zu können. Für derartige Unterlagen fehlt zur Zeit noch die gefestigte Grundlage, und deshalb ist der genannte Geleitwort eingebracht. Einleitend heißt darüber, daß die Betriebe, die der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen, auch künftig die für sie bestehenden Steuerpflichten weiter gentigen sollen. Für diese Betriebe soll daher die Verpflichtung zur Auskunftserteilung nicht gelassen werden.

Aus dem Preussischen Parlament.

Berlin, 7. Mai.

Der Reichstag des Preussischen Landtags letzte den Arbeitsplan für die nächste Zeit fest. In der laufenden Woche stehen kleinere Vorlagen zur Verhandlung. Am Mittwoch folgte u. a. über den Antrag der Wirtschaftspartei, der die Auflösung des Landtags verlangt, abgestimmt werden. In dem Antrag wird erklärt, das Ergebnis der letzten Kommunalwahlen habe gezeigt, daß die Zustimmung des Landtags dem Willen der Wählerschaft nicht mehr entspreche. Nach einer Pause vom 12. bis 18. Mai wird der Landtag vom 19. bis 23. Mai die dritte Lesung des Haushaltsplanes vornehmen. Am 24. Mai beginnt die Pfingstpause, die bis zum 28. Juni andauern soll. Vor den Sommerferien soll in einem letzten Sitzungssitzung am 24. bis 28. Juni die erste Lesung des Gesetzes über die Neuorganisation der Provinzialverwaltung erledigt werden.

Das Defizit im preussischen Haushaltsplan.

Beratungen der Regierungsparteien.

Berlin, 7. Mai.

Der Interfraktionelle Ausschuss des Preussischen Landtags wird zu einer Sitzung plantamontieren, in der Verhandlungen über die Befestigung des Defizits im preussischen Haushaltsplan für 1930 geführt werden sollen. Dieses Defizit beläuft sich auf rund 100 Millionen. Bei den Beratungen darf aber nicht allein an die Befestigung dieses Defizits gedacht werden, sondern es müssen gleichzeitig Mittel und Wege gefunden werden, um den preussischen Gemeinden eine Befestigung ihrer höchsten finanziellen Lage zu ermöglichen. Es wird angenommen, daß bei den Verhandlungen Vorschläge von einschneidender Bedeutung gemacht werden.

Auflösungsantrag für den preussischen Landtag.

Berlin, 7. Mai. Der Preussische Landtag beschloß sich im Rahmen der zweiten Lesung seines Haushalts mit dem Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Landtags, der damit begründet ist, daß die Zustimmung des Landtags nach dem Ergebnis der Kommunalwahlen nicht mehr dem Willen der Wählerschaft entspreche. Abgeordneter Cabendorf begründete den Antrag und führte noch aus, daß die heutige Regierungskoalition in Preußen unhaltbar sei. Es dürfe nicht dazu kommen, daß Preußen unter dem übermächtigen Einfluß der Sozialdemokratie in Grund und Boden regiert werde. Er kritisierte die Politik des Zentrums, das im Reichstag bürgerliche und im Landtag sozialistische Politik mache. Die Zustimmung über den Antrag der Wirtschaftspartei findet am Mittwoch statt. Für den Antrag werden vornehmlich außer den Antragstellern die Kommunisten und Nationalsozialisten stimmen.

Finanzpolitik und Wirtschaft.

Eine Rede des Reichsfinanzministers.

Hannover, 6. Mai.

Auf der Jubiläumstagung des Westfälisch-Lippischer Wirtschaftsverbandes in Bad Eilen sprach als Hauptredner Reichsfinanzminister Dr. Moldenbauer über das Verhältnis der Finanzpolitik zur Wirtschaft.

Die mangelnde Kapitalbildung habe ihre Ursachen vornehmlich in dem außerordentlichen Steuerdruck, der nicht zum geringsten Teil auf Reparationslasten zurückzuführen sei. Aufgabe der Finanzpolitik müsse es sein, diesen Steuerdruck zu mildern. Sie müsse begleitet sein von einer verlässlichen Schulpolitik. Die Finanzpolitik zur Steuerentlastung habe die große Aufgabe zu erfüllen, zunächst in ihrem eigenen Gebiet Erleichterung zu schaffen. Eines Erfordernisses wäre daher, die schwebende Schuld so weit abzubauen, daß sie die Steuerentlastung nicht mehr ernstlich bedrohe. Möglich wäre dies nur durch eine sofortige starke Steuererhöhung, wobei die direkten Steuern nicht mehr herangezogen werden könnten, sondern nur die indirekten.

Für die Kostenentlastung

stünden zur Verfügung zunächst die Beträge, die jetzt im Haushaltsplan zur Abdeckung der schwebenden Schuld und einmaliger Ausgaben festgesetzt sind. Diese Beträge von 600 Millionen Mark müßten auf die Steuerentlastungen verwendet werden können. Dabei sei auf die große Gefahr zu achten, die von Seiten der Arbeitslosigkeit drohe. Diese Dinge müßten noch vor der Sommerpause erledigt werden. Ebenso wichtig sei die Durchführung eines großen Agrarprogramms und einer wirksamen Hilfe für den Osten.

Die Steuerentlastung soll sich nicht auf die Kapitalertragssteuer beschränken, sondern es sollen auch die Grundsteuern in Angriff genommen werden, die im kommenden Jahr die Steuerentlastungen bringen. Hier siehe in erster Linie die Senkung der Realsteuern, also der Grundvermögenssteuer und der Gewerbesteuer, in Frage. Man komme nur dann ernstlich weiter, wenn in allen Teilen, Reich, Ländern und Gemeinden,

der starke Wille zur Ausgabenentlastung

vorhanden sei

Zum Flottenbauprogramm

betonte der Minister, daß bei der Einstellung der Räte für das Panzerschiff B die Grundzüge der alten Regierung nicht umgeworfen worden seien. Man müsse über allen Sparmaßnahmen nicht vergessen, auch für die Verteidigung des Landes Sorge zu tragen.

Zum Schluß wies Finanzminister Moldenbauer auf das große Beispiel des Reichspräsidenten hin, über die Sorgen der Gegenwart nicht die großen Zukunftstragen zu vergessen.

Um die Ausschussreferate.

Haushaltsausschuß des Reichstags.

Berlin, 6. Mai.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann die Beratung des Haushalts für 1930.

Vor Eintritt in die Verhandlungen beantragte Abgeordneter von Emdener-Widau (Christl.-nat. Arb.-Gem.), festzustellen, daß der Abgeordnete Dr. Hoehs das Referat über den Haushalt des Auswärtigen Amtes behält. Von der deutschnationalen Fraktion war demgegenüber ein Schreiben eingegangen, in dem sie mitteilt, daß an Stelle des ausgeschiedenen Professors Hoehs das Referat über das Auswärtige Amt Freilich von Freytag-Loringhoven übernimmt. Für den Abgeordneten Dr. Kamm soll das Referat über den inneren Haushalt Frau Schlemmer erhalten.

Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, die Ausschussreferate mit einer Prüfung der Verteilung der Referate zu beauftragen. Bei der Beratung der Vorschläge über den Haushaltsplan hinaus bewilligte der Ausschuss einen Betrag von 38 Millionen Mark zur Förderung der Bewegung der Getreideernte. Zur Vollendung des Mittelstandsanfalls, und zwar der Weidwirtsch. wurde als dringlich eine erste Rate im Betrag von 450 000 Mark bewilligt.

Beim Haushalt des Reichstags wurde mit 18 gegen 16 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die Gesamtschicht in München als künftig wegfallend zu bezeichnen, angenommen.

Auch die Reichszentrale für Heimatsdienst wurde auf deutschnationalen Antrag mit 16 gegen 14 Stimmen als künftig wegfallend bezeichnet.

Für den Antrag stimmten auch die Kommunisten, die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Christlich-nationalen. Umfragen wurden der Hausalt angenommen.

Der Hochverratsparagraf.

Sitzung des Strafrechtsausschusses.

Berlin, 7. Mai.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags begann die zweite Lesung des neuen Strafrechtsgesetzes. Der Ausschuß beschloß sich zunächst mit dem Hochverratsparagrafen.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Lamsberg (F.) erklärte, der Senat sei hier genug, um den vollen Gehalt zu setzen, an die Gewalt als ein notwendiges Mittel zur Schaffung eines neuen Staates zu appellieren. Erst dann, wenn zur Gewalt in der Tat übergegangen werde, habe er die Pflicht, derartige Unternehmungen mit Gewalt zu unterdrücken. Die übrigen Fraktionen hielten sich auf dem Standpunkt, daß man im Strafrecht dem Staate eine wirksame Handhabe geben müsse, um verheerliche Angriffe gegen seinen Bestand in keine zu erlassen.

Die Kommunisten verlangten die Befreiung der Hochverratsparagrafen. Die Hochverratsparagrafen wurden ohne wesentliche Veränderungen in der Fassung der Beschlüsse der ersten Lesung angenommen. Weiter wurde beschlossen, daß in Zukunft den Verhandlungen die Abstimmungsresultate der deutsch-österreichischen Strafrechtskonferenz zu Grunde gelegt werden sollen.

Der Parteivorstand billigt ...

Die Tagung der Demokraten.

Berlin, 7. Mai.

In der Sitzung des Parteivorstandes der Deutschen demokratischen Partei behandelte nach dem parteiinternen Bericht Abg. Koch-Weser die verschiedenen Forderungen zur Neugegestaltung der Parteikonstitution. Er stellte die Vorgänge der letzten Wochen nach allen Richtungen klar und gestreute und mißbilligte unter der Zustimmung des Parteivorstandes die folgenden Gerichte, durch die in den letzten Wochen die Einheit der Partei gefährdet



Teil einer Zerkleinerung, lehrte er sein ab. Die Befestigung der Parteilisten und ausserlichen Lage der Partei ist, daß das

effektivität auf der Demokraten Kabinett Brünning, völlig gegenläufig über in mit anderen

radie u. a. Mittel innerhalb der in aus der deutigeneneration ehebung der demo

es einmütig bei Befestigung ange. Inoffiziellen Paration bei den Land hat zu der

Die Parteiaussschuß der Deutschen Demokratischen Partei wird am 25. Mai in Halle an der Saale zu einer Tagung zusammentreten.

Schöber mit seiner Reise zufrieden.

Feierlicher Empfang in Wien.

Wien, 6. Mai.

Bundestagler Schöber wurde bei seiner Rückkehr nach Wien auf dem Bahnhof von Vertretern der Behörden, dem englischen Gesandten und in Abwesenheit des französischen Gesandten, durch dessen Stellvertreter empfangen. Außerdem wurde er von einer großen Menschenmenge enthusiastisch begrüßt.

Er gab vor der Presse die Erklärung ab, daß die Besuche in Paris und London in erster Linie Höflichkeitakte